

AE = 41. 66. 510. 04

DEUTSCHER BUNDESTAG
Enquete-Kommission
"Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozeß der deutschen Einheit"
- Sekretariat -

53113 Bonn, den 9. 10. 1995
Bundeshaus
Telefon:
(0228) 16-25195 / 16-25747 / 16-24093
Telefax: (0228) 16-26023

Gd/Rk

Protokoll

der 1. Sitzung der Berichterstättergruppe O (4) am 29. September 1995,
10.00 - 11.05 Uhr, Raum NHA 122

Anwesend:

Abg. Hartmut Büttner
Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber
Abg. Iris Gleicke
Sv. Martin Gutzeit
Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
Herr Dr. Keller (i.V. für Prof. Dr. Ludwig Elm)
Herr Vielhaber (CDU/CSU-Fraktion)
RD Rolf Eising
VA Frank Grußendorf

Es fehlt:

Abg. Gerald Häfner

Abg. Büttner eröffnet in seiner Funktion als Einberufer der Berichterstättergruppe die Sitzung. Die Berichterstättergruppe diskutiert kurz über ihren Titel. Sv. Prof. Dr. Huber schlägt vor, im derzeitigen Titel die Formulierung "juristische Aufarbeitung" durch "rechtsstaatliche Aufarbeitung" zu ersetzen. Eine abschließende Meinungsbildung der Berichterstättergruppe hierzu erfolgt noch nicht.

Die Berichterstättergruppe entwickelt Kriterien zur Abgrenzung gegenüber der Arbeit anderer Berichterstättergruppen. Abg. Prof. Dr. Ortleb schlägt vor, die Berichterstättergruppe O (4) solle diejenigen Themenkomplexe behandeln, die nicht mehr rückholbar sind und bei denen eine Aufarbeitung unter juristischen Aspekten geboten ist; Schwerpunkt der anderen Berichterstättergruppen sei demgegenüber eine wissenschaftliche Betrachtung, ohne daß es der Erarbeitung von Vorschlägen zur juristischen Aufarbeitung bedürfe. Zur Sicherstellung dieser Abgrenzung und zur Vermeidung unnötiger Doppelarbeit innerhalb der Kommission sollen die Protokolle der Berichterstättergruppen ausgetauscht werden. Eine Abstimmung der Berichterstättergruppen untereinander soll erfolgen.

Abg. Büttner stellt fest, daß die Berichterstattergruppe ihre Aufgaben bis zum Sommer 1996 erledigen muß. In der darauf folgenden Zeit soll die Berichterstattergruppe latent fortbestehen und nur dann tätig werden, wenn ein aktueller Anlaß besteht. Die Mitglieder der Gruppe sind sich darin einig, daß die Themenauswahl, die Aufstellung eines Arbeitsprogramms und eine etwaige Vergabe von Forschungsaufträgen deshalb bis Ende 1995 erfolgen sollte.

Zu Tagesordnungspunkt 1: Aktuelle Themen 1995

Im Hinblick auf zum 31.12.1995 auslaufende Fristen soll über mögliche Verlängerungen von Antragsfristen bzw. Verjährungsfristen gesprochen werden. Zustimmung findet die Anmerkung von Frau Abg. Gleicke, wonach die Befassungen der Berichterstattergruppe keinesfalls die parlamentarische Beratung von Gesetzesvorhaben behindern dürfen; die Mitglieder der Berichterstattergruppe sollen zum Stand von Gesetzgebungsvorhaben in ihren Fraktionen nachfragen. Das Sekretariat wird in der nächsten Sitzung aktuelle Gesetzgebungsvorhaben bezeichnen. Auf Vorschlag des Abg. Büttner soll in der nächsten Sitzung der Berichterstattergruppe das Stasi-Unterlagengesetz (StUG) behandelt werden. Herr Eising regt an, auch rentenrechtliche Regelungen alsbald zu behandeln.

Zu Tagesordnungspunkt 2: Überlegungen zum weiteren Arbeitsprogramm

Die Mitglieder der Berichterstattergruppe tragen Themenvorschläge zusammen:

Abg. Büttner schlägt vor, im Zusammenhang mit dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz über eine Anlaufstelle für SED-Opfer und deren Ausgestaltung zu beraten. Darüberhinaus sollte geprüft werden, ob die Schicksale verschiedener Opfergruppen mit den Vorgaben der Kommission übereinstimmen. Die Problematik "Mauergrundstücke" sollte auf weitere Grundstücksenteignungsfälle erweitert werden, soweit jeweils nachträglich der Enteignungszweck weggefallen ist. Sv. Prof. Dr. Huber schlägt vor, die vorhandene strafrechtliche Judikatur unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darauf zu untersuchen, ob die gesetzlichen Instrumentarien die Erwartungshaltungen erfüllen. Dies gelte auch für die Bewältigung des sog. "Elitentausches" im öffentlichen Dienst sowie für vermögensrechtliche Fragestellungen. Herr Dr. Keller regt an, beim Petitionsausschuß zu erfragen, welche Opfergruppen sich dorthin gewandt haben und welche Problemgruppen sich typisieren lassen.

Sv. Gutzeit macht eine Reihe von Themenvorschlägen; demnach soll die Berichterstattergruppe behandeln:

- Das Ausmaß politischer Verfolgung durch Strafrecht in der DDR/SBZ. Hierzu sei eine qualitative und quantitative Analyse notwendig.
- Die verschiedenen Gruppen politischer Verfolgung müssen dokumentiert werden; dazu gehören
 - Die Gruppe der in der SBZ/DDR verfolgten Sozialdemokraten.
 - Die Repression gegen Bauern und bäuerlichen Widerstand
 - Akte individuellen Widerstandes (ohne politische Organisation, ohne Westkontakte).

Solche Dokumentationen sollten zunächst der öffentlichen Wahrnehmung dieser Gruppen dienen. Sv. Gutzeit schlägt die Bearbeitung von zwei Bereichen vor:

- Behandlung der Rehabilitierung und Wiedergutmachung von bzw. an Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR, insbesondere
 - der Mechanismen beruflicher Diskriminierung und das Problem von Beweismitteln bei der beruflichen Rehabilitierung.
 - Bilanz der Rehabilitierung nach dem 1. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz. Dabei sollten vor allem Entscheidungen der 2. Instanz berücksichtigt werden.
 - Bilanz der Anerkennung gesundheitlicher und psychischer Folgeschäden politischer Verfolgung im Rahmen der Wiedergutmachung und Rehabilitierung.
- Soziale Situation von zu DDR-Zeiten politisch Verfolgten und beruflich Diskriminierten im vereinigten Deutschland (Ausmaß, rentenrechtliche Situation, soziale Situation im Verhältnis zu ehemaligen "Eliten").

Als ein zweiter Bereich sollte eine rechtliche Aufarbeitung erfolgen:

- genaue Untersuchung und Analyse strafrechtlicher Urteile und Entscheidungen unter Berücksichtigung eingeleiteter Ermittlungsverfahren und der Deliktsstruktur.
- Verbleib und Umgang mit Trägern des SED-Regimes; wie sind die im Einigungsvertrag enthaltenen Rahmenregelungen ausgefüllt worden?
- Übernahme von "Eliten" in den öffentlichen Dienst, Verbeamtungen, Anrechnung früherer Dienstzeiten und Überprüfung von Mitarbeitern.

Nach kurzer Diskussion der Berichterstattergruppe über die mögliche zeitliche Abfolge und die Vergabe von Forschungsaufträgen und Expertisen wird das Sekretariat mit der Erarbeitung eines Themenvorschlages beauftragt.

Zu Tagesordnungspunkt 3: Forschungsmittel 1995

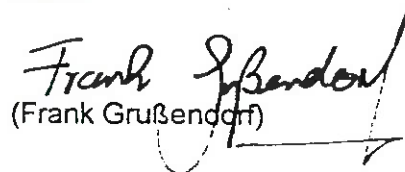
In der nächsten Sitzung soll über die mögliche Vergabe von Forschungsaufträgen und Expertisen beraten werden.

Zu Tagesordnungspunkt 4: Verschiedenes

Abg. Prof. Dr. Ortleb erklärt, daß seinerseits keine Bedenken gegen Sitzungstermine der Berichterstattergruppe O (4) bestehen, die sich mit Sitzungsterminen anderer Berichterstattergruppen der Kommission überschneiden.

Termin der nächsten Sitzung der Berichterstattergruppe O (4) ist Freitag, der 13. Oktober 1995, 09.00 Uhr, Raum NH 122.

F.d.R.


(Frank Grußendorf)

Enquete-Kommission
"Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozeß der deutschen Einheit"
- Sekretariat -

Entwurf eines Arbeitsprogramms für die
Berichterstattergruppe R (4)

(Stand: 23.1.1996)

Grundlage: Beratung der 4. Sitzung der BG R 4 sowie zwischenzeitlich eingegangene Ergänzungsvorschläge
(Sv. Prof. Dr. Huber / Sv. M. Gutzeit) - durch Kursivschrift kenntlich -

Weiterer Beratungsbedarf:

- Beratung der bislang eingegangenen Ergänzungsvorschläge, die in Kursivschrift in diesen Entwurf eingearbeitet sind.
- zu I. Expertise 2 ist eine Abstimmung zwischen den Sv. Gutzeit und Prof. Dr. Huber inzwischen erfolgt.
- Abschließende Diskussion über die Expertisenvorschläge, soweit diese zur Beratung in anderen Berichterstattergruppen vorgesehen waren (insbesondere II Expertise 8 und II Expertise 1).
- Klärung der Frage, inwieweit in der BG R (4) der im Einsetzungsbeschluß genannte Aspekt der Repression behandelt werden soll. Die BG D hat inzwischen vereinbart, wesentliche Aspekte der Repression zu behandeln. Abschließend geklärt werden muß noch, durch welche BG die derzeit in den beiden Arbeitsprogrammen von R und D aufgenommenen Themen "Qualitative u. quant. Analyse polit. Verfolgung" und "Strategien der Zersetzung....." letztlich behandelt werden sollen.
- Abschließende Diskussion von Vorschlägen zur Vergabe von Expertisen - personell und zeitlich.

A. Gliederung der Arbeit und Beschreibung der Thematik

Die Berichterstattergruppe beabsichtigt, ihre Arbeit in 3 Bereiche zu gliedern:

I. Problembereich 1: Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates bei der Aufarbeitung von SED-Unrecht

Dabei sollen behandelt werden:

- Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts
- Rechtsprechung der Zivilgerichtsbarkeit unter besonderer Berücksichtigung wesentlicher Entscheidungen des BGH
- Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
- Rechtsprechung der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und des Bundessozialgerichts

II. Problembereich 2: Gesellschaftliche und rechtliche Stellung von Opfern politischer Verfolgung SBZ/DDR und Trägern des SED-Regimes nach 1990

Dabei sollen behandelt werden:

- soziale und berufliche Situation der Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR sowie Aspekte von Repression und Zersetzung.
- Verbleib ehemaliger Eliten des SED-Regimes sowie deren heutige berufliche und soziale Situation.
- Schaffung der Position eines Opferbeauftragten
(in Abgrenzung zu der Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung nur unter Opferaspekten).

III. Problembereich 3: Aktuelle Gesetzesvorhaben

Vorgesehen ist die Beschäftigung mit:

1. der Verlängerung der Verjährungsfristen kleiner und mittlerer Delikte, Art. 315 a EGStGB
(Zeitpunkt: November 1995 - die Bearbeitung ist abgeschlossen)
2. den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen
(Zeitpunkt: 1. Halbjahr 1996)
3. der Entschädigungssituation der Zivildeportierten (jenseits Oder/Neiße)
(Zeitpunkt: 1996)

4. dem Rentenüberleitungsgesetz

Bewertung der verschiedenen Vorstellungen im parlamentarischen und außerparlamentarischen Bereich - Vorschlag an die Kommission (Zeitpunkt: 1. Halbjahr 1996)

5. Weitere aktuelle Gesetzesvorhaben nach Bedarf.

(Zeitpunkt: bei Bedarf)

B. Die Berichterstattergruppe schlägt zur Bearbeitung folgendes Instrumentarium vor:

I. Problembereich 1: "Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates bei der Aufarbeitung von SED-Unrecht"

Neben der Verfassungsrechtsprechung spielt in der öffentlichen Wahrnehmung die strafrechtliche Judikatur eine wesentliche Rolle. Auf Grundlage der Ergebnisse rechtswissenschaftlicher Gutachten (Expertisen) soll ein Arbeitsgespräch zwischen einigen Mitgliedern der Kommission und Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts sowie Richtern am BGH, die sich strafrechtlichen Komplexen widmen, geführt werden. Schließlich soll im Rahmen einer öffentlichen Kommissionssitzung eine Diskussion mit Richtern des Bundesverfassungsgerichts, mit Richtern des BGH (Strafsenate) sowie weiteren Teilnehmern zur Frage der Aufarbeitung des SED-Unrechts durch die Rechtsprechung geführt werden.

1. Öffentliche Anhörung

- keine -

2. Öffentliche Kommissionssitzung (ganztagig):

Thema: "Die Aufarbeitung der SED-Diktatur durch die Verfassungsgerichtsbarkeit".

Ort: Neue Bundesländer, ggf. Leipzig.

Es ist beabsichtigt, Richter des Bundesverfassungsgerichts und des BGH einzuladen und mit ihnen über die ergangene Rechtsprechung zu diskutieren.

Zeitpunkt: Juni/Juli 1997

3. Expertisen:

Expertise 1:

"Probleme verfassungsgerichtlicher Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen"

- Erstellen einer Typologie der Fälle rechtsstaatlicher Aufarbeitung anhand der wesentlichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.
- Benennung der spezifischen Probleme der verfassungsgerichtlichen Aufarbeitung.
- Untersuchung der Frage, mit welcher Kontrolldichte das Bundesverfassungsgericht die ihm vorgelegten Sachverhalte überprüft hat und ob die Entscheidungen des Gerichts den sonst geläufigen Grundsätzen entsprechen oder von ihnen abweichen.
- Probleme der Sachverhaltsermittlung.
- Folgenberücksichtigung in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

Expertise 2:

"Untersuchung justizieller Aufarbeitung in rechtstatsächlicher Hinsicht an Beispielen aus der Rechtsprechung"

Die Untersuchung soll unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und durch Unterexpertisen anhand der Rechtsprechung der Zivil-, Straf-, Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit erfolgen:

Unterexpertise 2 a.: Bundesverfassungsgericht

- Umfang der Kontrolle und der Korrektur von Entscheidungen von Fachgerichten zum Aufarbeitungsprozeß durch das Bundesverfassungsgericht.
- Inanspruchnahme des Bundesverfassungsgerichts durch Opfer und Täter.
- Klärung der Frage, ob und in welchem Maße die Anrufung des BVerfG erfolgreich war.
- Maß der Herstellung des Rechtsfriedens durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.
- In welchen Bereichen rechtsstaatlicher Aufarbeitung ist es bislang noch nicht zur Anrufung des BVerfG gekommen?

Unterexpertise 2 b.: Gerichte der Zivilgerichtsbarkeit

- *Schwerpunkt: Behandlung von Verträgen und Eigentumsübertragungen in der DDR.*

(hier ist ggf. noch zu ergänzen)

Unterexpertise 2 c.: Erfolge und Defizite strafrechtlicher Aufarbeitung von SED-Unrecht unter Berücksichtigung von Maßnahmen der "Zersetzung"

- *Grundsätzliche Fragen strafrechtlicher Aufarbeitung von SED-Unrecht unter Einbeziehung verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Gesichtspunkte.*
- *Rechtsbeugung durch Richter der DDR-Justiz*
- *strafrechtliche Behandlung der Zersetzung*
-

Unterexpertise 2 d.: Verwaltungsgerichtsbarkeit

- *Verwaltungsrechtliche Rechtsprechung zu vermögensrechtlichen Fragen (Liste 3, Mauergrundstücke, VermG)*
- *Die Rechtsprechung zur Abwicklung von Einrichtungen*
- *beamtenrechtliche Rechtsprechung*
- *die Rechtsprechung zum 2. SED-UnrBerG*

(IM EINZELNEN IST NOCH EINE ABGRENZUNG ZUM BEREICH II VORZUNEHMEN; SIEHE AUCH UNTEN III EXPERTISE 9)

Unterexpertise 2 e.: Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

- *Analyse der Kündigungstatbestände des EV und ihre Behandlung in der Rechtsprechung (EV Anl. I Kap. XIX, Sachgeb. A, Abschn. III Nr. 1).*

(IN ABGRENZUNG ZU II EXPERTISEN 5,6,7).

Zeitpunkt: jeweils bis Dezember 1996.

3. Forschungsauftrag

"Erfolge und Defizite strafrechtlicher Aufarbeitung von SED-Unrecht" - Vorschlag Sv. M. Gutzeit - siehe Anlage:

Untersuchungsgegenstand:

- 1. Untersuchung des Umfangs, der Typologie der Deliktgruppen von SED-Unrecht und der Ergebnisse der seit 3. Oktober 1990 durchgeführten strafrechtlichen Aufarbeitung (Ermittlungsverfahren, Verurteilungen, Freisprüche, Kategorien). Grundlage soll ein möglichst breit angelegtes Fall-Sample sein.
- 2. Die Strafrechtliche Ahndung von
 - Rechtsbeugung durch Richter und Staatsanwälte der DDR-Justiz
 - Mißhandlung von Häftlingen in DDR-Gefängnissen
 - Tötungsdelikten und Delikten der Körperverletzung im Zusammenhang des Grenzregimes der DDR.
 - Mandantenverrat durch Rechtsanwälte
 - systembedingte Denunziation
 und ihre Begründung.
- 3. Darstellung der tatsächlichen und rechtlichen Probleme, die zur Verfahrenseinstellung vor Anklageerhebung führten (nach Deliktgruppen), insbesondere die Probleme der strafrechtlichen Verfolgung von Zersetzungsmaßnahmen des MfS).
- 4. Untersuchung der Inanspruchnahme und der Möglichkeiten der zeitgeschichtlichen Forschung für die strafrechtliche Aufarbeitung von SED-Unrecht auf dem Hintergrund von Zeitgeschichtsforschung in NS-Verfahren.
- 5. Welches Ziel und welchen Zweck hat strafrechtliche Aufarbeitung von "Systemkriminalität?"
- 6. War die Behandlung des SED-Unrechts Anlaß, bisher geltende dogmatische Grundsätze des Strafrechts, insbesondere im Hinblick auf die Behandlung des NS-Unrechts, zu modifizieren oder weiterzuentwickeln, und wo bestünde am Ende dieses Jahrhunderts der Diktaturen ein Anlaß bzw. eine rechtspolitische Pflicht zur Weiterentwicklung? Gibt es aus den Problemen im Umgang mit SED-Unrecht Anregungen für die Weiterentwicklung von nationalem Strafrecht und Völkerstrafrecht?

- 7. Untersuchung des Einflusses organisatorischer Schwierigkeiten beim Aufbau der Justiz in den neuen Ländern auf die strafrechtliche Aufarbeitung (z.B. Aufbauschwierigkeiten bei der Justiz in den neuen Ländern).

weitere Expertisenvorschläge Sv. M. Gutzeit:

4. Die Gewichtung der Rechtsgüter Eigentum einerseits und Freiheit, Würde, Leben und Gesundheit andererseits in der aktuellen Rechtsprechung - ein Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses von politischen und sozialen Bürgerrechten am Beispiel der justitiellen Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland.
5. Rechtliche Bewertung der Tätigkeit von DDR-Richtern im Spannungsfeld zwischen richterlicher Unanbhängigkeit und parteilichem Gehorsam.

II. Problembereich 2: Gesellschaftliche und rechtliche Stellung von Opfern politischer Verfolgung in der DDR-SBZ und Trägern des SED-Regimes in der Bundesrepublik

1. Öffentliche Anhörung:

Thema: "Die soziale Situation und die gesellschaftliche Stellung von Opfern politischer Verfolgung in der SBZ/DDR im Jahr 1996 - Erfahrungen mit den vom Bundestag verabschiedeten Gesetzen".

- Praxis der Opferentschädigung -

Ort: Berlin

Zeitpunkt: September/Okttober 1996

2. Öffentliche Kommissionssitzung:

a. Thema: "Gespräch mit Vorsitzenden der Petitionsausschüsse der Landtage der neuen Länder und des Bundes über Petitionen, die die Kommissionsthematik betreffen".

- Erfahrungsaustausch mit den Vorsitzenden der Petitionsausschüsse der neuen Länder, der Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages und dem Bürgerbeauftragten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern über Petitionen der Bürger in den neuen Ländern, die die Kommissionsthematik betreffen.

Ort: Bonn

Zeitpunkt: gem. Beschluß Obbleuterunde v. 18.1.96: 18.4.1996 um 14.00 Uhr.

b. Arbeitsgespräch der Kommission mit Vertretern der Gauck-Behörde, der STA II und der Zentralen Ermittlungsstelle

Meinungsaustausch zum Stand der Aufarbeitung von SED-Unrecht und zum zukünftigen Handlungsbedarf des Deutschen Bundestages unter besonderer Berücksichtigung der Opferproblematik.

Ort: Berlin

Zeitpunkt: Frühjahr 1996, ggf. im Zusammenhang mit einer in Berlin stattfindenden Sitzung/Anhörung der Kommission.

3. Expertisen:

Expertise 1:

"Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR - qualitative und quantitative Analyse politischer Verfolgung durch Strafrecht in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Kategorisierung verschiedener Opfergruppen.

- Ermitteln der Anzahl der Verurteilungen wegen politischer Straftaten in der SBZ/DDR und der Haftzeiten.
- Kategorisierung von Opfergruppen.
- Die Relation von Tatvorwurf und Strafmaß.

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996

(WUEDE IM FALLE DER VERGABE DES VON HERRN SV. GUTZEIT IN VORSCHLAG GEBRACHTEN FORSCHUNGSauftrags auf die Auswertung der HÄFTLINGSKARTEI REDUZIERT WERDEN KÖNNEN)

Problem: Dieses Thema findet sich wortgleich im Arbeitsprogramm von BG D

Expertise 2:

"Analyse der strafrechtlich und rehabilitationsrechtlich relevanten Strategien der Zersetzung durch Staatsorgane der DDR gegenüber den Bürgern der DDR."

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996

Alternativvorschlag Sv. Gutzeit:

"Die Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit unter dem Aspekt ihrer notwendigen straf- und rehabilitationsrechtlichen Aufarbeitung. Zeitgeschichtliche Analyse sowie Erarbeitung von Vorschlägen für die Gesetzgebung"

Personalvorschlag: Ein Strafrechtler und ein Mitarbeiter der Abt. Bildung und Forschung des BStU.

Problem: dieses Thema findet sich fast wortgleich (ohne straf- und rehabilitationsrechtliche Aspekte) im Programm der BG D.

Expertise 3:

"Bilanz der Rehabilitierung nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz."

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996

Alternativvorschlag Sv. Gutzeit:

"Bilanz der Rehabilitierung nach dem 1. und 2. SED-UnrBerG"

Expertise 4:

Gesundheitliche und psychische Folgeschäden politischer Verfolgung bei Rehabilitierung und Wiedergutmachung.

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996

Alternativvorschlag Sv. Gutzeit:

" Die Bewertung gesundheitlicher und psychischer Folgeschäden politischer Verfolgung in Rehabilitations- und Wiedergutmachungsverfahren"

Expertise 5:

"Verbleib von und Umgang mit Trägern des SED-Regimes"

- wie sind die im Einigungsvertrag vorgegebenen Rahmenregelungen zur personalpolitischen Erneuerung der Verwaltungen durch landes- und bundesrechtliche Regelungen, Verfahren und Kriterien ausgefüllt worden und welche Erfahrungen sind damit gemacht worden.

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996

Alternativvorschlag Sv. Gutzeit:

"Ausfüllung der durch den Einigungsvertrag vorgegebenen Rahmenregelungen zur personalpolitischen Erneuerung von Verwaltungen durch landes- und bundesrechtliche Regelungen, Verfahren und Kriterien"

Problem: genaue Abgrenzung zu o. II. Unterexpertise 2 e ist erforderlich.

Expertise 6:

"Untersuchung der heutigen gesellschaftlichen und sozialen Stellung von ehemaligen Nomenklaturkadern der SED unter besonderer Berücksichtigung rentenrechtlicher Regelungen"

- Wie haben ehemalige Nomenklaturkader der SED den Wechsel in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bewältigt, wie hat sich ihre gesellschaftliche Stellung entwickelt und wie stellt sich ihre soziale Lage heute dar?
- inwieweit sind rentenrechtliche Schlechterstellungen erfolgt, welche tatsächlichen Auswirkungen hatten diese auf die Stellung der Betroffenen; finden solche Regelungen eine Rechtfertigung?

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996.

Anmerkung Sv. Gutzeit: Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen von Mecklenburg/Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben ihre Unterstützung zugesagt, um Ansprechpartner zu finden, die regionale Studien anzufertigen.

Zum Rententhema: Untersuchung von Nomenklaturkaderlisten unter rentenrechtlicher Fragestellung

Expertise 7:

"Die Praxis der Entscheidung über die Übernahme von Lehrern in den öffentlichen Dienst in den fünf neuen Ländern und in Berlin"

(Alt. Vorschlag Prof. Dr. Huber: "Die Praxis der Übernahme von Lehrern in den öffentlichen Dienst in den neuen Ländern und in Berlin").

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996

Problem: genaue Abgrenzung zu o. II Unterexpertise 2 e ist erforderlich.

Expertise 8:

"Erfahrungen mit dem Vermögensgesetz und dem EALG - Bilanz des Verwaltungsvollzuges unter Berücksichtigung investiver Gesichtspunkte (§§ 6 und 3a VermG)"

(GGF. SOLLTE DIESES THEMA UNTER DEN O.G. INVESTIVEN GESICHTSPUNKTEN IN DER BG W (2) BEHANDELT WERDEN - IM DORTIGEN ARBEITSPROGRAMM WIRD DIE PROBLEMATIK DERZEIT TANGIERT)

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996

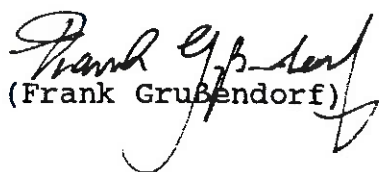
Expertise 9:

"Möglichkeiten des Umgangs mit Mauer-/Grenzgrundstücken und Grundstücken, die zum Symbol des besonderen Unrechtsgehaltes des DDR-Regimes geworden sind und bei denen der Enteignungszweck nachträglich entfallen ist."

Zeitpunkt: Fertigstellung bis Ende 1996

Problem: genaue Abgrenzung zu o. II Unterexpertise 2 d ist erforderlich.

Im Auftrag


(Frank Grubendorf)